

Mit Helene Silmann im Studio. Guten Morgen am Dienstag, dem 24. Oktober.

Die Hamas hat in der Nacht zwei israelische Geiseln freigelassen.

Die Bodenoffensive Israels im Gaserstreifen verzögert sich weiter.

Die Türkei gibt ihren Widerstand gegen einen NATO-Baltritt Schwedens auf.

Nach den jüngsten Frauenmorden werfen Opposition und Schutzorganisationen der Regierung Umtätigkeit vor.

In Wien protestieren heute Elementarpädagoginnen gegen ihre Arbeitsbedingungen.

Die meisten Einrichtungen bleiben geschlossen.

Sarah Wagenknecht gründet eine neue Partei, wofür steht sie und was heißt das für die Linke in Deutschland?

Darüber spreche ich mit unserem Berliner Korrespondent Andreas Pfeiffer.

Heute beginnen die KV-Verhandlungen für den Handel.

Es wird ein ebenso seher Verlauf erwartet wie bei den Metallern.

Und was ist da los beim Salzburger Jedermann?

Katharina Mähnhöfer analysiert die Vorgänge um die Absetzung der Inszenierung.

Erster Programmpunkt im Morgenjournal der Blick aufs Wetter mit Grunderschulle.

Meilt heute aber meist trüb und nur in manchen Regionen noch eine Zeit langsonnig.

Außerdem bringt ein Italien-Tief und eine Front aus der Schweiz nach und nach Regen.

Und es wird in Osttirol Kärnten im Lungau und im Südwesten der Steiermark intensiv regnen.

Von Linz und Graz ostwärts beginnt es hingegen erst spät zu regnen.

Immer noch weht vöniger Wind aus Ost bis Süd.

17 Grad hat es momentan in Bad Rattgersburg, 16 Grad in Bad Gastein.

Und in Wien 11 bis 13 Grad, Eisenstadt 12, St. Pölten 11,

Linz 9 Grad, Salzburg 8, Innsbruck 10, Bregenz 11, Graz 9 und Klagenfurt 11 Grad.

Die höchste hatte 11 bis 20 Grad.

In 2000 Meter meist 7 bis 12 Grad, im äußersten Westen jedoch Abkühlung auf 5 bis 2 Grad.

Und am späten Nachmittag wird es dann in Vorarellberg im Außerfern und im Tiroler Oberland gegen 2000 Meter schneiden.

Tag 17 im Krieg zwischen Israel und der Terrororganisation Hamas in Gaza.

Nachdem die Hamas am 7. Oktober in Israel mehr als 1400 Menschen ermordet und mehr als 200 Geiseln nach Gaza verschleppt hat,

bombardiert Israel Weiterstellungen der Hamas aus der Luft.

Dabei sind laut palästinensischen Angaben bisher mehr als 5000 Menschen getötet worden.

Unterdessen hat die Hamas gestern erneut zwei Geiseln freigelassen, die Details von Nikolas Wildner aus Israel.

Zwei alte Frauen in blauen Stoffkleidern, langsam müde und verwirrt, geführt von Schwerebewaffneten und vermummten Kämpfern der Hamas gestern Nacht an der Grenze zwischen Gaza und Ägypten.

Jochevet Liefschitz 85 und Nurit Cooper 79 geblendet vom Licht eines Scheinwerfers bei ihrer Übergabe an Mitarbeiter des Roten Kreuzes.

Freigelassen aus medizinischen und humanitären Gründen heißt es von Seiten der Hamas.

Die Ehemänner der beiden Frauen befinden sich nach wie vor als Geiseln in den Händen der Terrororganisation in Gaza,

gemeinsam mit weiteren 218 israelischen Geiseln.

Im Laufe des Abends sind Gerüchte aufgekommen, dass Emirat Qatar und die USA soll nur meine Freilassung aller 50 Geiseln mit doppelter Staatsbürgerschaft verhandeln. Im Gegenzug dafür fordere die Hamas Hilfsküter und vor allem Treibstoff.

Doch das lehnt Israel kategorisch ab.

Israel und die USA lehnt derzeit auch die Forderungen der Hamas nach einem mehrständigen Waffenstillstand ab.

Das würde der Hamas nur helfen, sich militärisch zu organisieren.

Einzig im Falle einer sofortigen Freilassung aller Geiseln könne man darüber reden, so US-Präsident Joe Biden.

Unterdessen werden gestern Abend weitere Details zu den Gräueltaten der Hamas in Israel am 7. Oktober bekannt.

In den israelischen Abendnachrichten werden die Geständnisse einiger gefangener Hamas-Terroristen gezeigt.

Sie seien von ihren Kommandanten angewiesen worden, systematisch Zivilisten zu ermorden und Geiseln nach Gaza zu verschleppen.

Einer der gefangenen Terroristen gibt an, jedem, der eine Geisel nach Gaza bringt, seien eine Wohnung und 10.000 Dollar versprochen worden.

Trotz intensiver Vorbereitungen scheint sich die angekündigte Bodenoffensive Israels im Gasastreifen weiter zu verzögern.

Dabei soll es auch Meinungsverschiedenheiten zwischen Israels Premier Benjamin Netanyahu und seinem Verteidigungsminister Joav Garland geben.

Die Armee sei für den Einsatz bereit, aber Netanyahu würde immer noch zögern.

Schweden kommt dem geplanten Beitritt zum Militärbündnis NATO einen Schritt näher.

Die Türkei hat gestern offenbar ihren Widerstand gegen den Beitritt des Landes aufgegeben, berichtet Markus Müller.

Erst Finnland, dann Schweden. In der Reihenfolge, in der die beiden Länder den Antrag zum Beitritt zu NATO gestellt haben,

treten sie der Allianz jetzt doch bei, wenn auch mit mehreren Monaten Abstand.

Der türkische Präsident Herr Recep Tayyip Erdogan hatte Parlament gestern die lange erwartete Ratifikation des schwedischen Beitrittes vorgelegt.

Die USA begrüßt den Schritt, sagt Matthew Miller, der Sprecher des State Department.

Die USA hätten die Ratifikation schon lange gefordert und würden sich freuen, dass sie jetzt endlich stattfindet.

Nach der Türkei steht nur bei die Zustimmung von Ungarn für den schwedischen NATO-Beitritt aus. Die Regierung in Budapest hatte zuletzt aber signalisiert, dass sie sich in dieser Frage mit der Türkei abstimmen werde.

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hatten Schweden und Finnland Beitrittsanträge zur NATO gestellt,

und damit ihre lange Tradition der Bündnisfreiheit aufgegeben.

Finnland ist bereits im April Mitglied der Militärallianz geworden, die Türkei wirft Schweden aber vor,

kurdische Separatisten zu unterstützen und hatte deshalb entsprechende Zugeständnisse verlangt.

Außerdem wollte die Türkei erreichen, dass die USA Kampfflugzeuge in das Land verkaufen.

Einen Zeitplan, wann das Parlament über die Ratifikation abstimmen wird, gibt es bisher allerdings

nicht.

Gleich sieben nach sieben.

Nach den jüngsten Frauenmorden in Niederösterreich und in der Steiermark werfen Opposition- und Schutzorganisationen der Regierung Untätigkeit vor.

Gefordert werden unter anderem eine Gesamtstrategie für den Gewaltschutz und flächendeckende Gewaltambulanzen.

Frauenministerin Susanne Raab von der ÖVP wollte sich auf Anfrage nicht äußern.

Die Frauensprecherin des Grünen Regierungspartners sagt, diese Regierung habe jedenfalls viel mehr für den Gewaltschutz getan als frühere Regierungen.

Peter Daseb berichtet.

Ich bin nicht Teil der Bundesregierung, ich spreche als grüne Frauensprecherin oder solche kann ich Ihnen sagen,

dass ich mich, ich glaube, das kann man auch nachlesen zu jedem Femizid in der Vergangenheit geäußert habe,

dass ich hier als Frauensprecherin der Grünen eine jene Person bin, die auch tatsächlich sehr intensiv daran arbeitet,

dass wir wichtige Verbesserungen im Gewaltschutz, in der Gewaltprävention in den vergangenen Jahren durchsetzen konnten.

Und für mich ist ganz klar, dass all diese Fragen die höchste politische Priorität haben.

Die Opposition wirft der Regierung Untätigkeit beim Gewaltschutz vor.

Die Sozialdemokraten fordern hier eine Gesamtstrategie, die freiheitlichen Mehrprävention für bedrohte Frauen.

Dagegen verweist die grüne Frauensprecherin auf beschlossene Maßnahmen.

Wenn Sie sich anschauen, was vergangenen Regierungen gemacht oder eben eigentlich muss man sagen nicht gemacht haben

und das in einen Vergleich setzen mit den Maßnahmen, die hier von der aktuellen Bundesregierung gesetzt worden sind in den letzten vier Jahren,

dann werden Sie sehen, wie viel hier tatsächlich im positiven Sinne bewirkt worden ist.

Konkret nennt Mary Disosky eine Verdreifachung des Budgets für Gewaltprävention und Opferschutz von 10 auf über 30 Millionen Euro.

Frühere Regierungen hätten Lücken hinterlassen.

Da mag ich nur darauf hinweisen, dass beispielsweise damals ein gewisser Bundesminister Kicke die sehr etablierten Sicherheitspolizeilichen

Hochrisik- und Fallkonferenzen fahrlässigerweise abgeschafft hat.

Und die wurden beispielsweise auf Dr. Grünen wieder eingeführt.

Das war wichtig, das war ein Baustell, der auch zeigt, wie ernst wir Gewaltschutz und Gewaltprävention in dieser Bundesregierung nehmen.

Auch müssen Personen mit Betretungsverbot inzwischen eine verpflichtende Schulung gegen Gewalt absolvieren.

Zur Frage, ob die Maßnahmen der letzten Jahre auch etwas gebracht haben, sagt Mary Disosky.

Wenn Sie sich die Zahlen anschauen, tatsächlich die statistische Entwicklung sozusagen über die Femizide, die in den vergangenen Jahren verübt worden sind,

dann sieht man rein statistisch gesehen, dass die Zahl ganz, ganz leicht rückläufig ist.

Aber nicht falsch verstehen, jeder Femizide ist einer zu viel.

Noch ausstehend ist jedenfalls die angekündigte Einführung von Gewaltambulanzen, wo Beweise so gesichert werden, dass sie dann auch vor Gericht verwendet werden können. Hier nennt Disosky keine Details, die Einführung komme jedenfalls noch in dieser Legislaturperiode. Eltern von Kleinen oder Schulkindern in Wien haben heute ein Problem, denn die meisten privaten Kindergärten, Horte- und Nachmittagsbetreuungen bleiben geschlossen. In den Öffentlichen wird nur ein reduzierter Betrieb angeboten. Grund sind Betriebsversammlungen der Pädagoginnen und Pädagogen. Sie wollen auf rechtliche Rahmenbedingungen und generell den Stellenwert der ersten Bildung für Kinder aufmerksam machen. Bernd Matsche-Dollnick berichtet. Es sind die klassischen Forderungen. Mehr Geld, mehr Personal, kleinere Gruppen. Mit den Betriebsversammlungen, die zwischen 10 und 15.30 stattfinden, wollen die Elementarpädagoginnen diesen Forderungen Nachdruck verleihen. Um 11 Uhr gibt es einen großen Demonstrationszug am Ring. Der Großteil der privaten Kindergärten und Horte bleibt deshalb heute geschlossen. Man habe den Eltern das rechtzeitig mitgeteilt, heißt es. Für den späten Nachmittag gebe es Betreuungsmöglichkeiten. Betriebskindergärten etwa in den großen Spitälern bleiben hingegen offen. Gänzlich anders die Situation bei den städtischen Einrichtungen. Hier gibt es einen reduzierten Betrieb, heißt es von Seiten der MR-10. Man versucht anersatz, den Pädagoginnen eine Teilnahme an den Protesten zu ermöglichen und gleichzeitig die Kinder zu betreuen. Der Gewerkschaft geht es um bessere Rahmenbedingungen. Ohne die werde sich der schon jetzt akute Personalmangel verschärfen. Laut Union fehlen allein in den städtischen Kindergärten 600 Pädagoginnen und Pädagogen in allen Wiener Einrichtungen seien es 1200. In Wien gibt es insgesamt rund 17.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Kindergärten und Horten. Betroffen sind von den Protestmaßnahmen, die aus rechtlichen Gründen nicht Streik heißen, an die 100.000 Kinder in ganz Wien. Warum die Forderungen der Elementarpädagogik seit Jahren gleichbleiben und was konkret getan werden müsste, um die Situation in den Kindergärten zu verbessern, darüber spreche ich im Morgen Journal um 8 mit Natascha Taslime vom Netzwerk Elementare Bildung Österreich. Nach Deutschland jetzt. Unter großem Medieninteresse hat die bisher in der linken, beheimatete Sarah Wagenknecht gestern ihre Parteiabspaltung B.S.W. Bündnis Sarah Wagenknecht präsentiert, der Bruch hat sich schon länger abgezeichnet. Die eigentliche Parteigründung soll dann Anfang nächsten Jahres stattfinden, bis dahin wollen Wagenknecht und ihre Mitstreiter ihre Mandate behalten und in der Linksfraktion im Bundestag bleiben. Guten Morgen Andreas Pfeiffer in Berlin. Guten Morgen nach Wien.

Sich abspalten und dennoch bis zur Parteigründung bleiben wollen,  
was sagen denn die Linken dazu?

Sie sind empört und ermattet von einem monatelangen Abwehrkampf gegen Sarah Wagenknecht,  
die ihre Abspaltungsgerüchte über Monate in den Medien ausgebreitet hat  
und nun also in die Tat umsetzt.

Das ist Mandate-Klau, so nennt das Gregor Gysi,  
das Urgestein der linken Partei von einem Ego-Trip,  
sprich der Co-Vorsitzende Martin Schirdewan.

Doch das beeindruckt die Abtrünnige gar nicht.

Sie setzt noch eine Demütigung drauf und will gemeinsam mit ihrer Gefolgschaft,  
die im Bundestag besetzten Mandate weiter behalten,  
bis zur formellen Parteigründung zum Jahreswechsel  
und damit auch jene finanziellen Zuwendungen,

die zum Aufbau ihrer neuen Parteistrukturen sicher ganz hilfreich sind.

Bedeutet die Abspaltung das Aus für die Linke als Partei in Deutschland  
und als Fraktion im Bundestag?

Gerade einmal 4,9% der Stimmen waren es bei der letzten Bundestagswahl  
und bei den letzten Landtagswahlen hat die Linke auch sehr schlecht abgeschnitten.

Ja, die Linke ist eigentlich schon tot,

so hat es mir gestern der Politikwissenschaftler Wolfgang Schröder gesagt,  
eigentlich auch ohne das Zutun von Sarah Wagenknecht.

Wie Sie richtig sagen, haben Sie den einzugenden Bundestag gerade noch geschafft,  
nur mit Hilfe von drei Direktmandaten.

Bei den letzten Landtagswahlen in Bayern und Hessen blieben Sie weit unter der 5%-Hürde.  
Mit der Abwanderung von Wagenknecht und voraussichtlich neuen ihrer Mitstreiterinnen  
wird das aus aber besiegt.

Dann nämlich verlieren die Linken ihren Faktionsstatus im Bundestag  
und können nur noch als parlamentarische Gruppe  
mit weit geringeren Befugnissen weitermachen.

Und für etwa 100 Mitarbeiter bedeutet das auch den Verlust ihres Arbeitsplatzes.

Der Parteivorläufer BSW führt auch Vernunft und Gerechtigkeit im Namen  
und hat ein gerade einmal fünffseitiges inhaltliches Papier präsentiert.

Wofür steht Wagenknechts künftige Partei?

Ja, das ist, wenn man von diesen wohlklingenden Pauschalbegriffen

Vernunft, Gerechtigkeit, Frieden, Wohlstand einmal absieht, gar nicht so leicht zu sagen.

Vorerst hat sich Wagenknecht vor allem als Protestpartei definiert und profiliert.

Protest gegen die schlechteste Bundesregierung der Geschichte, wie sie sagt.

Sie ist gegen die Waffenlieferungen an die Ukraine, gegen die Russlandsanktionen,  
gegen die Klimapolitik der Grünen, gegen staatliche Subventionen für Großkonzerne,  
vor allem aber auch gegen Zuwanderung.

Es ist also eine Mischung aus links- und rechtspopulistischen Versatzstücken,

eine Mischung aus linker Sozialpolitik und rechter Gesellschaftspolitik.

Diese Angebotslücke jedenfalls möchte Sarah Wagenknecht gerne schließen.

Wagenknecht sagte ja auch, ihre Partei solle auch Anlaufstelle für jene sein,

die aus Wut oder Verzweiflung rechts, also die AfD wählen, ist die linke Wagenknecht für rechte Protestwähler interessant und welches Stimmenpotenzial wird ihr zugetraut?

Ja, nach einer Umfrage von gestern würde sie aus dem Stand 14 Prozent der Stimmen bekommen, auch ganz ohne Programm, das sagt etwas aus,

über das sehr besondere Charisma von Sarah Wagenknecht und das lässt ja auch ein wenig die etablierte Protestpartei AfD erzittern, die ja derzeit in Ost- und Westdeutschland große Erfolge feiert.

Das Potenzial des Unmots der Politikvertrossenheit ist in den Zeiten der deutschen Zeitenwende

des eher ungelungenen Krisenmanagements von Kanzler Olaf Scholz, der großen Energietransformation in diesem Land doch sehr groß und auch davon wie und kann Sarah Wagenknecht profitieren.

Parteiabspaltungen ist in den seltensten Fällen ein langes politisches Leben beschert.

Sarah Wagenknecht war eines der bekanntesten Gesichter der Linken.

Sie sitzt regelmäßig in Talkshows, ist Buchautorin unsipolarisiert,

etwa mit ihrer Ablehnung der Russlandsaktionen wegen des Ukrainekriegs.

Ist das genug, um eine neue Partei nachhaltig zum Erfolg zu führen?

Nein, in Deutschland, an einem Land des sehr etablierten und traditionellen Politikbetriebes eigentlich nicht.

Politische Eintagsfliegen und ein Mann oder ein Frauparteien

haben hierzu lange jedenfalls keine besondere Tradition,

aber die Verwerfungen dieser Zeiten führen auch hierzulande zu Veränderungen

und im deutschen Medienteich bewegt sich Sarah Wagenknecht tatsächlich wie ein Fisch im Wasser.

Eine Analyse von Andreas Pfeiffer aus Berlin zur Parteiabspaltung

von Sarah Wagenknecht von der Deutschen Linken, vielen Dank.

Vielen Dank.

Bis 2030 soll EU-weit die Spritzmittelmenge reduziert werden,

der Green Deal nimmt da auch die Landwirtschaft in die Pflicht.

Über die genaue Ausgestaltung der Regeln gibt es aber Streit,

wie viel weniger, von welchem Mittel, was es mit Biospritzmitteln und wie soll gemessen werden.

Heute versucht der zuständige Umweltausschuss im EU-Parlament, eine Position zu finden

und muss dabei auch auf ein weltbekanntes Produkt aus Österreich Rücksicht nehmen,

berichtet aus Brüssel, Raphaela Scheidreiter.

Was soll aus dem Weltliner werden?

Sorgen aus Österreich mit Blick auf die geplanten EU-Spritzmittelvorgaben.

Denn die Wachau gilt als sensibles Gebiet, Natura 2000.

Spritzmittel sollen dort massiv zurückgefahren werden.

Der Faktor auf Null geht es nach der EU-Kommission.

Die grüne EU-Abgeordnete Sarah Wiener verhandelt für das EU-Parlament.

Sie will zumindest Biospritzmittel in der Wachau weiter zulassen.

Das Bäuerinnen und Bauern ihr Tageberg weiter machen können wie bisher.

Aber natürlich muss man schon anschauen,

ob es auch nicht ungefährlichere Alternativen gibt

und ob man die auch nicht umsetzen kann.

Weltliner und Marillen aus der Wachau könnten damit weiterwachsen, gibt sich Sarah Wiener zuversichtlich.

Was nicht alle im Umweltausschuss des EU-Parlaments so empfinden, der ÖVP EU-Abgeordnete Alexander Bernhuber bezeichnet etliche Ideen als praxisfern und unnötig, etwa Infoschilder am Ackerrand, wenn Bauern dort mit Spritzmitteln arbeiten.

Wie und womit Landwirte künftig genau spritzen dürfen, das wird zurzeit verhandelt.

Die EU-Kommission will 50% Spritzmittel weniger bis 2030.

Und das verpflichtend.

EU-Abgeordnete der Europäischen Volkspartei drängen hingegen auf mehr Zeit bis 2035 und die Bisse auf ein freiwilliges reduzieren.

Fraglich ist auch, wie die Spritzmittelmenge künftig messen, wie chemische und biologische unterscheiden.

Zurzeit liefern die EU-Länder Verkaufsmengen,

was der EU-Rechnungsof regelmäßig kritisiert,

da damit waagebleibe, wie viel wirklich auf Feldern und Eckern lande.

Auch die EU-Länder sind sich noch uneins.

Österreichs Landwirtschaftsminister Norbert Toczniak von der ÖVP lässt wissen, er unterstütze eine Spritzmittelreduktion, allerdings mit Augenmaß.

Aus meiner Sicht muss die Europäische Kommission erkennen,

dass der Green Deal die Bäuerinnen und Bauern zunehmend an die Grenze führt.

Klar ist, dass die Landwirtschaft einen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten muss.

Allerdings darf das nicht zulasten der Versorgungssicherheit gehen.

Alarmmeldungen konnten darauf Grüne im EU-Parlament, wie Sarah Wiener.

Dieses ewige Narrativ, wir werden verhungern und unsere Lebensmittelversorgung, ist gefährdet. In einem Zeitpunkt, wo wir wissen,

dass 60 Prozent von unserem Getreide in Futtertrügen landet, dass wir 30 Prozent wegschmeißen, ist das wirklich ein hohen...

Bekannte Bruchlinien, je konkrete die Vorhaben der EU-Ökowende werden.

Das drängen auf Umwelt- und Klimaschutz auf der einen Seite,

die Warnung heimische Landwirtinnen und Landwirte zu überfordern auf der anderen.

Die Agrarindustrie redet laut mit und die Wissenschaft drängt auf rasche Beschlüsse.

Bis sich EU-Länder und EU-Parlament auf die Details der Spritzmittelreduktion einigen, wird das allerdings sicher noch einige Monate dauern.

Die Metallerkollektivvertragsverhandlungen stocken.

Gestern haben erste Betriebsversammlungen stattgefunden.

Dabei wurden vorsorglich Beschlüsse für gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen eingeholt.

Heute starten die KV-Verhandlungen für die rund 430.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Handel.

Auch dort stehen CE-Gespräche mit Eskalationspotenzial auf dem Programm.

Denn Inflation und Wirtschaftsflaute sorgen für besonders schwierige Rahmenbedingungen, berichtet Manuel Marold.

Das Gehaltsplus für die Handelsangestellten müsse in jedem Fall über der Inflationsrate der vergangenen 12 Monate liegen, die 9,2 Prozent beträgt, sagt Arbeitnehmerchef Verhandlerin Helga Fichtinger von der Gewerkschaft der Privatangestellten. Wir sprechen ja von einer fairen, dauerhaften Gehaltsentwicklung. Und wie gesagt, da braucht schon mehr drüber. Und die 9,2 ist die Ausgangsbasis. Schon im Vorfeld des Verhandlungsbeginns bremst Arbeitgeberchef Verhandler Rainer Treffelig, ob man der bundesparte Handel in der Wirtschaftskammer, die Erwartungen der Gewerkschaft. Erhalt der Arbeitsplätze. Das ist die Zielgröße, die wir brauchen. Und die Herausforderungen heuer sind enorm. Eine Situation, wie wir sie seit 40 Jahren nicht gehabt haben. Beide Seiten stellen sich auf lange und mühsame Kollektivvertragsverhandlungen ein. Im Vorjahr hat es für den KV-Abschluss im Handel sieben Gesprächsrunden gebraucht. Es gab auch eine Streiktrohung, wie kräftig die Gewerkschaft heuer an der Eskalationsschraube drehen wird. Darauf will sich Arbeitnehmerverhandlerin Fichtinger nicht festlegen. Wir wissen, wir steigen in sehr schwierige Gespräche ein. Ich kann nur sagen, wir sind vorbereitet. Die Beschäftigten haben eine große Erwartungshaltung und alles ist möglich. Neben dem Lohnplus an sich geht es auch um die von Gewerkschaftsseite geforderte Arbeitszeitverkürzung. Diese lehnt der Arbeitgeberverhandler schon im Vorfeld ab, mit Verweis auf die sinkende Beschäftigung im Handel. Dass wir hier gemeinsam mit noch weniger Arbeit und dafür mehr Geld haben wollen und so aus einer Krise kommen oder eine Redsession überwinden, das kann ich mir einfach nicht vorstellen. Und da fehlt mir jede Fantasie dazu. Sagt Rainer Treffelig. Es ist 8 Minuten vor halb acht. Die Absetzung der Salzburger Jedermann-Inszenierung, die Sonntagabend bekannt wurde, hat hohe Wellen geschlagen. Regisseur Michael Sturminger hat von einer brutalen Machtausübung gesprochen. Er erwegt rechtliche Schritte. Man habe eine mündliche Zusage gehabt, dass dieser Jedermann länger laufen werde. Michael Mertens hat einen schriftlichen zwei-Jahres-Vertrag über die Rolle des Jedermann. Zu den Gründen für die Absetzung bleibt man schwammig. Gestern hat erstmals Intendant Markus Hinterhäuser Stellung genommen. Ich habe vor der Sendung mit Katharina Mehnhofer von unserer Kulturredaktion gesprochen und sie gefragt, wie man diesen Schritt denn von Zeiten der Festspiele argumentiert. Ja, ein bisschen so scheint es, drückt man sich vor dieser Begründung. Es gab kein offizielles schriftliches Statement. Und auch Markus Hinterhäuser hat sich zunächst einmal bedeckt gehalten. Gestern am späten Nachmittag hat er sich aber in einem ORF-Interview doch zu Wort gemeldet. Und was er dabei immer wieder betont hat, war, dass sei keine Haruk-Aktion gewesen



und auch kein Schnellschuss, sondern ganz wohl überlegt.

Man habe sich nach der Sommerpause Ende September wieder zusammengesetzt und entschieden, dass es Zeit sei für einen neuen Jedermann.

Im August muss man dazusagen, haben Sturminger und Mertens aber noch ganz andere Signale erhalten,

nämlich jene, dass es weitergehen soll. Also irgendwas passt dann nicht zusammen.

Entweder hat man schon im August falsch informiert

und wusste da schon längst, dass es nicht weitergehen wird mit dem Sturminger Jedermann oder es war eben entgegengesetzte Behauptung doch eine Haruk-Aktion.

Weil zum Beispiel erst kurzfristig ein neuer Regisseur oder eine Regisseurin eine Zusage gemacht hat.

Also vielleicht wollte man sich da quasi die Option der Verlängerung noch offenhalten, sollte es mit dem oder der neuen nichts werden.

Gibt es da schon ein neues Team?

Ja, das gibt es.

Das haben sowohl Davidova als auch Hinterhäuser bestätigt

und sowohl von einer neuen Regie als auch von einer neuen Besetzung gesprochen

und dabei auch erwähnt, dass man ja, weil Michael Mertens einen 2-Jahres-Vertrag hat,

dass man auch daran gedacht hat, zumindest ihn noch ein weiteres Jahr auftreten zu lassen.

Das ist aber der Wunsch des Regisseurs und Markus Hinterhäuser hat hier nur die männliche Form erwähnt,

dass nur nebenbei, dass es also der Wunsch des Regisseurs gewesen sei, sein Team selbst zu wählen.

Und um gleich eine Frage vorwegzunehmen, nein, man hat natürlich noch keinen Namen genannt, das will man sich natürlich nicht abschießen und dann in einer Pressekonferenz zeitnah abbekannt geben.

Hat die Absetzung jetzt eher künstlerische oder finanzielle Gründe gehabt?

Beides ist von den Verantwortlichen genannt worden.

Auch Marina Davidova hat von einer Mischung aus vielen Gründen gesprochen.

Man hat sich da so ein bisschen dem Ball zugespielt.

Tatsache ist, der Jedermann, den Sturminger da in einem dritten Anlauf quasi inszeniert hat, ist nicht so gut angekommen.

Er hat den Jedermann ja schon in drei verschiedenen Inszenierungen

und mit drei verschiedenen Jedermannern, mit Tobias Moretti, mit Lars Eidinger und mit Michael Mertens inszeniert.

Und diese letzte Inszenierung hat bei den Kritikern jetzt nicht für Euphorie gesorgt und auch das Publikum war zwiegespalten.

Er hat diesen Jedermann vielleicht heuer noch radikaler gedeutet als bisher.

Nach dieser Genderfluidendeutung in den Vorjahren hat er das Ganze jetzt in so einer dystopischen Welt der Klimakrise angesiedelt.

Wieso ein Neuer Jedermann jetzt ausschauen soll, ob man wieder eher zurückgeht auf eine neutralere,

vielleicht auch auf eine konservativere Deutung des Stoffes oder ob man vielleicht sogar noch radikaler sein wird,

vielleicht sogar einmal mit einer Frau als jedermann, das lässt man noch offen.

Das finanzielle Argument ist auf jeden Fall keines.

Der jedermann war auch heuer ausverkauft und was auch klar ist, so eine neue Produktion wird auf jeden Fall mehr kosten als eine Wiederaufnahme.

Wie schaut es denn generell in rechtlicher Hinsicht aus? Was werden die Salzburger Festspiele zahlen müssen?

Ja, das wird jetzt eine Frage für die Juristen sein.

Von Seiten der Festspiele betont man, dass alle korrekt behandelt werden.

Michael Mertens hat einen schriftlichen Vertrag, den wird man auf alle Fälle entschädigen müssen.

Bei den anderen so Hinterhäuser werden man alles, also alle Zusagen, auch alle mündlichen Abmachungen prüfen.

Das sei von Fall zu Fall verschieden. Und da will man jetzt die Juristen der Salzburger Festspiele damit betrauen.

Und auch Michael Sturminger hat angekündigt, rechtliche Schritte setzen zu wollen.

Das sei aus einem Ausauber schuldig, hinter das er sich voll und ganz stellt.

Analysiert Katharina Menhofer, vielen Dank.

Die weitreichenden Konsequenzen eines Todesfalls für eine Familie behandelt das französische Filmdrama Anatomie eines Fals.

Regisseurin Justine Trié hat für ihren packenden Film mit der deutschen Sandra Hüller in der Hauptrolle

heuer die goldene Palme in Cannes erhalten.

Derzeit läuft er beim Filmfestival Viennale und ab Ende nächster Woche regulieren den österreichischen Kinos.

Mehr von Arnold Schnötzing.

Weißmord, Selbstmord oder ein tragischer Unfall, als der Literaturprofessor Samuel Tod vor seinem Haus in den französischen Alpen aufgefunden wird, sind die Umstände mysteriös.

Deswegen wird eine Untersuchung eingeleitet und du bist eine Zeugin und Verdächtige, weil du die einzige Person vor Ort warst.

Und weil du seine Frau bist.

Sandra beteuert ihre Unschuld, doch nach und nach ergeben sich Widersprüche in ihren Aussagen. Sandra's Anwalt gerät in Rage, als der Ton mit Schnitt eines Ehrstreits kurz vor Samuels Tod auftaucht.

Es ist keine Realität, es sind nur unsere Stürmer, es sind nicht wirklich wir.

Es ist mir scheißegal, was die Realität ist.

Du musst anfänglich so zu sehen, wie andere dich wahrnehmen werden.

Im Prozess geht es nicht um die Wahrheit, sondern um ...

Ich wusste nicht, dass es ein Prozess gibt.

Aber es gibt einen.

Die Suche nach der Wahrheit ist vor allem eine Frage der Perspektive.

Die Perspektive wiederum eine Frage der Rolle der Beteiligten am Gerichtsprozess.

Im Ringen um die Positionen wird die Wahrheit selbst zum Spielball verschiedener Interessen, von Anklage und Verteidigung, von Gutachtern und Zeugen.

Niemand ist frei von Vorurteilen, so werden aus Fakten Interpretationen.

Im Gericht sei man oft besessen von der Wahrheit, mein Regisseurin Justine Trieu.

Für sie sei es allerdings ein Ort der Fiktion.

Der Tribunal ist ein Ort, wo man ist obscedert von der Wahrheit.

Aber für mich ist es eine Fiktion, eine Fiktion.

Trieu legt ihren Film wie einen Eisberg an.

Unter einer harmonischen Oberfläche lauert das Psychodrama einer Ehe, die schon länger in der Krise steckt.

Gnadenlos und detailliert bloßgestellt im Gerichtssaal.

Sie kommen hierher, okay, mit vielleicht ihrer Meinung.

Und sie erzählen mir, wer Samuel war und was wir durchgemacht haben.

Schuldgefühle, Eifersucht, Suizitspekulationen, Untreue, aber auch Grundsatzfragen.

Wie viel Sorgepflichten hat welcher Elternteil und wer darf sich wie viel Zeit und Freiheit für die eigene Selbstverwirklichung herausnehmen?

Ich meine, ich richte mich seit Jahren nach dir. Ich habe überhaupt keine Zeit für mich. Verstehst du das?

Als moralischen Joker in ihrem Erzählgerüst ruft Justine Trieu den elfjährigen Sohn der Familie in den Zeugenstand.

Er müsse sich entscheiden, ob er seine Mutter für schuldig halte oder nicht.

Danach wäre man sich nicht mehr sicher, ob seine Zeugenaussage auch wirklich stimme, so Justine Trieu.

Er muss sich selbst entscheiden, ob seine Mutter schuldig halte oder nicht.

Und dann werden wir nie wissen, ob seine Zeugenaussage wirklich ist.

Ich bin nicht so ein Monster, weißt du. Denn alles, was du im Gerichtssaal hörst, das ist verdreht.

Vom Thriller über ein Akkurat des Gerichtstrammer bis hin zur Beziehungstragödie verunsichert Regisseurin Justine Trieu

im Film Anatomie eines Fals rund zweieinhalb Stunden vorsätzlich das Kinopublikum.

Weil das ziemlich spitzfindig angelegt ist, geht man die volle Distanz, aber gerne mit.

Kurz nachher wacht die Nachrichten Christina Greins.

Die Hamas hat erneut Geiseln freigelassen.

Es handelt sich um zwei Frauen aus Israel im Alter von 85 und 79 Jahren.

Die Freilassung passierte laut Hamas aus humanitären Gründen.

Die Ehemänner der beiden Frauen befinden sich gemeinsam mit über 200 weiteren israelischen Geiseln gefangen in Gaza.

Die Türkei will offenbar doch nicht mehr den schwedischen NATO-Beitritt blockieren.

Der türkische Präsident Erdogan erteilte dem Parlament die Zustimmung.

Der Antrag Schwedens könne somit nach monatelanger Blockade ratifiziert werden.

Nun fehlt Schweden nur mehr die Zustimmung aus Ungarn.

Nach den jüngsten Frauenmorden in Niederösterreich und in der Steinmark werfen Opposition und Schutzorganisationen der Regierung Untätigkeit vor.

Gefordert werden unter anderem eine Gesamtstrategie für den Gewaltschutz und flächendeckende Gewaltambulanzen.

Frauenministerin Susanne Rapp von der ÖVP wollte sich auf Anfrage nicht äußern.

Frauensprecherin des grünen Regierungspartners Meredi Suski dagegen verweist auf konkrete Maßnahmen wie die Wiedereinführung der Fallkonferenzen und ein höheres Budget im Vergleich zu früheren Regierungen.

## [Transcript] Ö1 Journale / Morgenjournal um 7 (24.10.2023)

Es würde vieles in Gewaltschutz und Prävention fließen, Suski.

Heute starten die Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 430.000 Angestellten im Einzelgroß-Hund Kfz-Handel in der Wirtschaftskammer Österreich in Wien.

Gefordert wird ein Plus von über der Jahresinflation, also mehr als 9,2 Prozent.

In den Wiener Kindergärten gibt es wegen des Personalmangels heute Proteste und Demonstrationen.

Privatkindergärtenhorte und Nachmittagsbetreuung sind dadurch heute ganz geschlossen.

In den städtischen Kindergärten soll es zumindest eine Notbetreuung geben.

Russland hat Medienberichten zufolge mit der Rekrutierung von Frauen für Kampfeinsätze in seinem Krieg gegen die Ukraine begonnen.

Offenbar werden Schaffschützinnen und Bedienerinnen von Drohnen angeworben.

Bislang wurden Frauen im russischen Militär nur als Sanitäterinnen und in der Küche eingesetzt.

Und das Wetter heute Vöniger Wind aus Ost bis Süd, neblig die Höchstwerte heute 11 bis 20 Grad.

Das nächste Journal gibt zum Acht.

Jetzt um 7.30 Uhr geht es weiter mit Guten Morgen, Mitte Eins und Berner Deppensteiner.

Leicht, flott und freundlich legen wir es hier musikalisch an mit einer Symphonie von Ignaz Holzbauer.

Das nächste Journal ist zum Acht.

Jetzt um 7.30 Uhr geht es weiter mit Guten Morgen, Mitte Eins und Berner Deppensteiner.

Jetzt um 7.30 Uhr geht es weiter mit Guten Morgen, Mitte Eins und Berner Deppensteiner.

Jetzt um 7.30 Uhr geht es weiter mit Guten Morgen, Mitte Eins und Berner Deppensteiner.

Jetzt um 7.30 Uhr geht es weiter mit Guten Morgen, Mitte Eins und Berner Deppensteiner.

Das nächste Journal ist zum Acht.